

GSP.D-01 Kapitel 5: Demokratie stärken

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 24.08.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-D Demokratie stärken

Antragstext

1 **Kapitel 5: Demokratie stärken**

2 **Rechte und Zugänge**

3 (226) Demokratie ermöglicht ein Leben in Würde und Freiheit. Vielfältige Demokratie
4 bedeutet, dass wir als Gesellschaft unsere Lebensumstände mit gleichen
5 Beteiligungsmöglichkeiten gemeinsam gestalten. Souverän eines demokratischen Rechtsstaates
6 sind die Staatsbürger*innen, der Verantwortungsbereich der Demokratie ist die gesamte
7 Bevölkerung. Demokratie ist nicht auf einen formalen Prozess reduzierbar, sondern
8 Leitprinzip für ein Miteinander in gleicher politischer Freiheit.

9 (227) Freiheitsrechte und Minderheitenschutz werden im demokratischen Rechtsstaat durch eine
10 unabhängige Justiz und die Bindung der Exekutive an Recht und Gesetz garantiert. Der freie
11 und gleiche Zugang zum Recht muss daher für alle gewährleistet sein.

12 (228) Staatliche Daseinsvorsorge, die Beseitigung von Armut und Diskriminierung, der Zugang
13 zu Bildung und öffentlicher Meinungs- und Willensbildung sowie ein ausreichendes Maß an Zeit
14 für politische Beteiligung gehören zu einer freiheitlichen und vielfältigen Demokratie.

15 (229) Die Folgen demokratischer Entscheidungen reichen oft über den regionalen oder
16 nationalen Rahmen hinaus. Daher müssen die globalen Auswirkungen in Entscheidungsprozessen
17 immer berücksichtigt werden. Globalisierung erfordert transnationale demokratische
18 Handlungsfähigkeit. Nur mit fairem Interessenausgleich und demokratischer globaler
19 Kooperation können wir richtige und wirksame Antworten auf globale Herausforderungen geben.
20 Um demokratische Handlungsfähigkeit in einer globalisierten Welt zu stärken, soll sich die
21 EU perspektivisch weiterentwickeln zu einer Föderalen Europäischen Republik.

22 (230) Demokratie ohne Meinungsfreiheit ist undenkbar. In der Demokratie kann jeder Mensch
23 seine Meinung frei äußern und jede*r muss Widerspruch zur eigenen Meinung aushalten. Hass
24 und Hetze sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt.

25 (231) Demokratie ist angewiesen auf Demokrat*innen. Die Freiräume einer starken und
26 lebendigen Zivilgesellschaft sind zu schützen. Demokratie beginnt vor Ort. Ohne
27 bürgerschaftliches Engagement und vielfältige Ehrenämter würde unser Gemeinwesen nicht
28 funktionieren. Demokratie lebt von Menschen, die sich für andere engagieren und unser
29 Gemeinwesen mitgestalten – in Bürgerinitiativen und Parteien, in Vereinen, Feuerwehren und
30 Kirchen, in NGOs, Gewerkschaften und Unternehmen, bei Demonstrationen, im Sportverein und in
31 Bewegungen. Solches Engagement ist der Kitt, der unsere pluralistische Gesellschaft
32 zusammenhält. Gemeinnützigkeit muss umfassend rechtlich abgesichert werden – auch
33 dahingehend, dass sich gemeinnützige Organisationen politisch einbringen und engagieren
34 können.

35 (232) Friedlicher zivilgesellschaftlicher Protest ist eine wichtige Ressource in einer
36 lebendigen Demokratie.

37 (233) Politische Bildung ist Grundlage für eine funktionierende Demokratie. Die Beteiligung
38 von Kindern und Jugendlichen, politische Bildung und partizipative Bildungsinstitutionen zur
39 Stärkung demokratischer Kompetenzen sind Grundlage für den Fortbestand der demokratischen
40 Gesellschaft.

41 (234) Die beste Verteidigung der parlamentarischen Demokratie ist ihre Weiterentwicklung. Es
42 gilt, der Verknöcherung demokratischer Institutionen und Verfahren entgegenzuwirken, um die
43 Demokratie lebendig zu halten. Einem Vertrauensverlust und der Dominanz einseitiger
44 Interessenslagen in demokratischen Prozessen kann durch Offenheit für neue
45 Beteiligungsmöglichkeiten begegnet werden.

46 (235) Um sich demokratisch engagieren und sich souverän und selbstbestimmt entscheiden zu
47 können, braucht es die Möglichkeit zur unabhängigen Information. Transparenzgesetze beugen
48 Korruption vor und sorgen für mehr Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle. Digitale
49 Plattformen, die nicht von kommerziellen Interessen gesteuert sind, unabhängiger
50 Journalismus in freien Medien, ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk sowie solide
51 Medienbildung von Kindesbeinen an sind Impfschutz gegen demokratiefeindliche Kampagnen und
52 Fake News.

53 (236) Voraussetzungen für Demokratie sind ein gewaltfreier Diskurs und die Akzeptanz der
54 Menschenwürde sowie der unverletzlichen und unveräußerlichen Grund- und Menschenrechte. Eine
55 Gesinnung, die der oder dem Einzelnen ihre bzw. seine individuellen Bedürfnisse und
56 Interessen abspricht und die definieren will, wer dazugehört und wer nicht, ist
57 undemokratisch. Rassismus und Ausgrenzung widersprechen der Idee von politischer Gleichheit.
58 Zivilcourage und rechtsstaatliche Maßnahmen gegen Hass und Entmenschlichung sind zentral für
59 die Wehrhaftigkeit der vielfältigen Demokratie.

60 (237) Die Interessen von Menschen, die sozial an den Rand gedrängt sind, die kaum Zugang zu
61 guter Bildung haben oder die unter den Anstrengungen von prekärer Arbeit leben, sind häufig
62 unterrepräsentiert. Eine Garantie auf ein Existenzminimum, ausreichend Zeit für politische
63 Beteiligung sowie die Möglichkeit zur sozialen und kulturellen Teilhabe sind notwendige
64 Bedingungen für Demokratie.

65 (238) Unser Wirtschaftssystem unterliegt Werten und Regeln. Wirtschaftliche
66 Staatsbürger*innen-Rechte sind Teil der individuellen demokratischen Rechte. Die sozial-
67 ökologische Marktwirtschaft ist über betriebliche Mitbestimmung, Aktionär*innen-Beteiligung
68 sowie gewerkschaftliche Vertretung organisiert. All das braucht starke Gewerkschaften. Im
69 Sinne einer Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dient, soll selbstverständlich sein, dass alle
70 Stakeholder und Betroffenen ein Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen erhalten.

71 (239) Verdeckte, einseitige Einflussnahme wirtschaftlich machtvoller Interessen gefährdet
72 die Demokratie. Für klare Schranken sorgen Transparenz von beispielsweise personellen
73 Verflechtungen oder Nebentätigkeiten politischer Entscheidungsträger*innen sowie ein
74 verpflichtendes Lobbyregister und die entschiedene Verfolgung von Korruption. So kann
75 Lobbyismus von finanzstarken Akteur*innen, der anderen Interessen politische Spielräume
76 nimmt und für unfaire Aushandlungsprozesse sorgt, kontrollier- und sanktionierbar werden.

77 (240) Die Ausbildung einer transnationalen und europäischen Öffentlichkeit ist eine wichtige
78 Voraussetzung für eine funktionierende Zusammenarbeit und die Demokratisierung der EU.

79 **Repräsentanz und Beteiligung**

80 (241) Über Repräsentation und demokratisch geregelte Verfahren können sich Meinungen,
81 Interessen und Vorstellungen zu Entscheidungen und Mehrheiten angemessen und gerecht

82 bündeln. Das ist Grundlage demokratischer Machtausübung. Die parlamentarische Demokratie
83 schafft so legitime Herrschaft der Menschen über sich selbst.

84 (242) Grundprinzip der Demokratie ist, dass diejenigen, die Entscheidungen für andere
85 treffen, von diesen legitimiert, also gewählt werden müssen. Repräsentationsdefizite machen
86 die parlamentarische Demokratie angreifbar. Ein demokratisches Miteinander muss die
87 Voraussetzungen für sein Fortbestehen immer wieder neu schaffen und Ausschlüssen und
88 Repräsentationsdefiziten in den eigenen Strukturen entgegenwirken. Eine vielfältige
89 Gesellschaft muss sich in ihren demokratischen Institutionen und Einrichtungen abbilden. Wer
90 hier dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, soll die Möglichkeit haben, an Wahlen und
91 Abstimmungen teilzunehmen.

92 (243) Frauenrechte sind der Gradmesser der Demokratie. Frauen sollen an allen demokratischen
93 Prozessen gleichberechtigt beteiligt und angemessen in den Parlamenten und
94 gesellschaftlichen Führungspositionen vertreten sein. Voraussetzung hierfür sind neben
95 klaren gesetzlichen Regelungen Lebensbedingungen, die es ermöglichen, Erwerbsarbeit sowie
96 Familien-, gesellschaftliche und politische Arbeit zu vereinbaren.

97 (244) Unsere Demokratie hat ein erhebliches Repräsentationsdefizit, wenn Millionen
98 Jugendliche und Kinder ausgeblendet werden, obwohl sie von Geburt an Staatsbürger*innen
99 sind. Entsprechend sollte im nächsten Schritt ein bundesweites Wahlrecht ab 16 Jahren gelten
100 und es sollten weitere Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen ausgebaut werden.

101 (245) Parlamente sind zentrale Orte der politischen Debatte und das Rückgrat unserer
102 vielfältigen Demokratie. Abgeordnete brauchen Unabhängigkeit und starke Kontrollrechte
103 gegenüber der Regierung. Parlamentarismus braucht das Ringen um beste Lösungen zwischen
104 Regierung und Opposition. Gleichzeitig trägt inhaltliche Zusammenarbeit abseits von starren
105 Fraktionsgrenzen wie im Europaparlament und in anderen europäischen Parlamenten zum Finden
106 dieser Lösungen bei. Für das Vertrauen in demokratische Verfahren ist es zentral, die
107 Nachvollziehbarkeit von Regeln, Prozessen und Ergebnissen gewährleisten zu können.

108 (246) Ziel einer lebendigen Demokratie ist es, möglichst vielen Menschen die Möglichkeit zu
109 geben, ihre konkrete Lebensrealität und ihre Zukunft aktiv mitzugestalten. Demokratie
110 braucht Parteien. Sie sind der Ort, wo Menschen ihre politischen Haltungen, Interessen und
111 Ziele organisieren und diese in die öffentliche und parlamentarische Auseinandersetzung
112 tragen können. Parteien wirken bei der Meinungsbildung mit, bündeln Interessen und
113 Werthaltungen und treten in einen demokratischen Wettstreit zur Besetzung von Parlaments-
114 und Staatsämtern.

115 (247) Parteien brauchen eine auskömmliche staatliche Finanzierung. Parteispenden von
116 Unternehmen sind immer auch Einflussnahme und Lobbyismus. Spenden an Parteien von
117 natürlichen Personen sind mit einer jährlichen Obergrenze zu versehen, um die Unabhängigkeit
118 von ökonomisch mächtigen Interessen zu garantieren. Solange Unternehmensspenden erlaubt
119 sind, sprechen wir uns für eine Begrenzung der Wahlkampfbudgets von Parteien aus.

120 (248) Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die repräsentative Demokratie. Mit
121 Bürger*innen-Räten soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei ausgewählten Themen die
122 Alltagsexpertise von Bürger*innen noch direkter in die Gesetzgebung einfließen zu lassen.
123 Zufällig ausgewählte Bürger*innen beraten in einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete
124 Fragestellung und erarbeiten Handlungsempfehlungen und Impulse für die öffentliche
125 Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung. Es gilt sicherzustellen, dass die
126 Teilnehmenden sich frei, gleich und fair eine Meinung bilden können und dass ihnen
127 ausreichend Raum für eine intensive Auseinandersetzung mit der Fragestellung gegeben wird.
128 Bürger*innen-Räten kommt eine rein beratende Funktion für die öffentliche Debatte und
129 Gesetzgebung zu. Regierung und Parlament müssen sich mit den Ergebnissen auseinandersetzen,

130 ihnen aber nicht folgen. Bürger*innen-Räte können auf Initiative der Regierung, des
 131 Parlaments oder als Bürgerbegehren zu einer konkreten Fragestellung eingesetzt werden. Das
 132 soll auch auf Bundesebene möglich sein.

133 **Föderale Europäische Republik**

134 (249) Die Herausforderungen unserer Zeit können wir nur gemeinsam meistern. Daher brauchen
 135 wir eine gestärkte politische Europäische Union. Es gilt, die EU im Zuge weiterer
 136 Integrationsschritte gemeinsam mit den europäischen Bürger*innen zu stärken und
 137 perspektivisch zur Föderalen Europäischen Republik weiterzuentwickeln.

138 (250) Die Föderale Europäische Republik schafft einen Rahmen, in dem sich nicht einzelne
 139 mächtige Interessen oder Regierungen durchsetzen, sondern das Allgemeinwohl. In ihr werden
 140 gleiche Rechte für alle Bürger*innen über die EU-Grundrechtecharta verbindlich garantiert,
 141 und zwar unabhängig davon, in welchem Land der Republik jemand lebt. So wird die
 142 Souveränität der Bürger*innen gestärkt. Es gilt das Prinzip der Subsidiarität, wonach
 143 Aufgaben und Zuständigkeiten auf der jeweils untersten möglichen Ebene – Kommune, Land,
 144 Bund, EU – behandelt werden.

145 (251) Der zentrale Ort für alle europäischen Entscheidungen ist das Parlament. Es ist in
 146 einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein gleichberechtigter Teil der gesetzgebenden
 147 Gewalt. Das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen soll ausgeweitet werden, so dass die EU
 148 gemeinschaftlich handlungsfähig ist und einzelne Staaten eine gemeinsame Politik nicht
 149 blockieren können. Das Europäische Parlament wird ermächtigt, selbst Gesetze auf den Weg zu
 150 bringen, alle Politikbereiche der Union und das Budget zu kontrollieren. Die EU-Kommission
 151 soll in der Föderalen Europäischen Republik Teil eines parlamentarischen Regierungssystems
 152 sein. Der Haushalt speist sich auch aus eigenen Mitteln und wird vom Europäischen Parlament
 153 beschlossen. Er verfügt über eigene Steuereinnahmen und ist groß genug, um makroökonomisch
 154 zu stabilisieren und in schweren Krisen Zuschüsse in die nationalen Haushalte zu leisten.

155 **Bundesstaat**

156 (252) Demokratische Politik funktioniert von unten nach oben. Dörfer und Städte, in denen
 157 wir leben, geben Halt in einer komplexen Welt, daher sind Kommunen zu stärken. Die Regionen
 158 brauchen auf europäischer Ebene mehr Einfluss und Gewicht. Demokratische Entscheidungen
 159 müssen so nah wie möglich an den Bürger*innen getroffen werden und immer dort, wo sie am
 160 besten zu verwirklichen sind – in den Gemeinden und Städten, auf Landesebene, in den
 161 Nationalstaaten oder auf Ebene der EU.

162 (253) Kooperationen zwischen den Ländern und zwischen den Kommunen sollen gestärkt werden.
 163 Sinnvoll sind sie da, wo sie zu Effizienz- und ökologischen Gewinnen und gleichwertiger
 164 Versorgung führen, etwa bei gemeinsamen Gewerbe- und Baugebieten, regionaler
 165 Daseinsvorsorge, Klimaschutz und Bewältigung der Klimafolgen, bei Digitalisierung und
 166 Mobilität.

167 (254) Städte und Gemeinden sind die Orte, an denen sich unser Zusammenleben abspielt, an
 168 denen Demokratie anschaulich und lebendig wird. Kommunen brauchen daher eine
 169 aufgabengerechte Finanzausstattung. „Wer bestellt, bezahlt“ – dieses Konnexitätsprinzip
 170 gilt. Wenn Kommunen Aufgaben übertragen werden, brauchen sie dafür auch zusätzliche Mittel.
 171 Außerdem brauchen viele Kommunen eine Altschuldenhilfe sowie ein Investitionsprogramm
 172 Daseinsvorsorge, um vor Ort Gestaltungsspielräume zu erhalten.

173 **Rechtsstaat und Sicherheit**

174 (255) Erst wenn sich Menschen sicher fühlen, leben sie frei, selbstbestimmt und in Würde.
 175 Sicherheit muss für alle gleich garantiert sein, egal, wo jemand wohnt, was jemand glaubt,
 176 wen jemand liebt, wie jemand aussieht oder woher jemand und die eigenen Vorfahren kommen.

177 Erst unsere Grundrechte und ihre Durchsetzung können allen Menschen Sicherheit geben. In
178 einer unfreien Gesellschaft ist niemand sicher. Freiheit und Sicherheit bedingen sich.

179 (256) Der Rechtsstaat ist der Garant für die Gewährleistung von Bürger*innen- und
180 Menschenrechten sowie der vielfältigen Demokratie. Ein funktionierender Rechtsstaat
181 bedeutet: Alle Menschen sind gleich vor dem Gesetz und haben dieselben Rechte und Pflichten.
182 Der Rechtsstaat schützt die Grund- und Abwehrrechte der oder des Einzelnen gegenüber
183 staatlichen Eingriffen und exekutivem Handeln. Damit dieser Rechtsstaat funktioniert,
184 braucht es eine unabhängige und gut ausgestattete Justiz, die in der Lage ist, Recht zu
185 sprechen, exekutive, behördliche oder legislative Maßnahmen effektiv zu prüfen und
186 gegebenenfalls wirksam zu korrigieren. Vertrauen in den Rechtsstaat setzt wirksame
187 Rechtsdurchsetzung für alle voraus.

188 (257) Gleichheit vor dem Recht verlangt auch, dass sich wirtschaftliche und
189 gesellschaftliche Machtverhältnisse nicht im Rechtssystem fortsetzen. Der Rechtsstaat
190 ermöglicht kollektiven Rechtsschutz, schützt Whistleblowing, Verbraucher*innen,
191 Produzent*innen und kleinere Unternehmen effektiv gegen wirtschaftliche Übermacht.

192 (258) Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte haben mit dem Grundgesetz der
193 Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Grundrechtecharta ein starkes Fundament.
194 Doch auch ein Fundament muss gepflegt und modernisiert werden. Die Verfassung definiert
195 unser Gemeinwesen als wehrhafte Demokratie. Demokratie ist unsere Stärke und ihr
196 konsequenter Schutz ist handlungsleitend.

197 (259) Damit Rechtsstaatlichkeit in den europäischen Demokratien nicht noch weiter unter
198 Druck gerät, muss der Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta auf nationales Recht
199 ausgeweitet werden. So erhalten alle EU-Bürger*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte.
200 In Mitgliedstaaten, in denen die Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit der Medien nicht
201 ausreichend gewährleistet sind, sollen entsprechende Mittel stattdessen von der Europäischen
202 Kommission direkt an Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen vergeben werden.

203 (260) Die öffentliche Sicherheit und den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten, gehört zu den
204 wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates. Jede*r hat das Recht auf ein Leben frei von Gewalt.
205 Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Dies ernst zu nehmen bedeutet ein Ende des privaten
206 Besitzes von tödlichen Schusswaffen, mit Ausnahme von Jäger*innen. Illegaler Waffenbesitz
207 muss geahndet werden.

208 (261) Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für die liberale Demokratie und die Sicherheit
209 in Deutschland. Rassismus, der von rechtsextremistischen Netzwerken und Verfassungsfeinden
210 in den und außerhalb der Parlamente geschürt wird, ist der geistige Nährboden für
211 terroristische Anschläge. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen muss Priorität für
212 alle Sicherheitsorgane haben.

213 (262) Rassismus – und jede andere Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit – führt
214 dazu, dass viele Menschen in Deutschland nicht sicher sind. Damit bedroht er auch die
215 Grundwerte der Demokratie. Dieser Menschenverachtung muss überall entgegengetreten werden,
216 ob in Parlamenten, im Netz, auf der Straße oder im Alltag, auch mit den Mitteln des
217 Strafrechts. Es bedarf einer nachhaltigen Bildungs- und Präventionsarbeit, welche die
218 Ursachen von Menschen- und Demokratiefeindlichkeit erforscht und beseitigen hilft.
219 Diskriminierung verletzt, und zwar unabhängig davon, ob sie beabsichtigt ist oder nicht.
220 Antirassismus benötigt die Perspektive und Expertise von Menschen mit Rassismuserfahrung.

221 (263) Islamismus stellt sich gegen Demokratie, Menschenrechte und Freiheit. Der Staat muss
222 in der Lage sein, jede Form von Terror und Fundamentalismus abzuwehren. Dazu gehören neben
223 sicherheitspolitischen Maßnahmen auch Prävention und Deradikalisierungsprogramme in aktiver
224 Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendeinrichtungen und Religionsgemeinschaften.

225 (264) Der Schutz unserer Verfassung und der Grundwerte ist unser aller Auftrag. Es gilt, die
226 Aufgaben des Verfassungsschutzes durch einen institutionellen Neuanfang zu trennen:
227 einerseits Gefahrenerkennung und Spionageabwehr mit nachrichtendienstlichen Mitteln,
228 andererseits die Beobachtung von demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen mit
229 wissenschaftlichen Methoden unter der ausschließlichen Nutzung von öffentlichen Quellen. Es
230 braucht eine starke parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste.

231 (265) Polizei und Sicherheitsorgane garantieren die Sicherheit im Innern. Sichere
232 öffentliche Räume ermöglichen Freiheit und Begegnung und sind damit Grundlage für den
233 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wie jede öffentliche Institution ist die Polizei auf das
234 Vertrauen der Bürger*innen angewiesen. Dafür braucht sie eine diskriminierungssensible Aus-
235 und Weiterbildung, eine gute Ausstattung und ausreichend Personal – in der Stadt und auf dem
236 Land. Als sichtbarer Arm des staatlichen Gewaltmonopols ist sie in besonderem Maße den
237 Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verpflichtet. Bei Fehlverhalten müssen
238 Fehler, strafbares Verhalten und strukturelle Mängel ohne falsche Rücksichten aufgeklärt und
239 geahndet werden.

240 (266) Eine faktenbasierte Kriminal- und Sicherheitspolitik, die auf Prävention, Rechtsstaat
241 und Information setzt, ist Leitbild. Sie koordiniert Verantwortung und geht den notwendigen
242 Umbau der Sicherheitsarchitektur an. Anlasslose Massendatenspeicherung schränkt individuelle
243 Freiheitsrechte der Bürger*innen ein.

244 (267) Durch den grenzüberschreitenden Ausbau der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz durch
245 gemeinsame europäische Polizeiteams, ein Europäisches Kriminalamt und europäische
246 Staatsanwaltschaften wird in der Sicherheitspolitik zunehmend europäisch koordiniert und
247 kooperiert. Bei der Reform der föderalen Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden werden
248 einheitliche Standards geschaffen, so dass verstärkt gemeinsam ermittelt werden kann.

249 (268) Strafrecht als schärfster Eingriff des Staates in die Freiheitsrechte darf nur
250 äußerstes Mittel sein, denn es ist nicht das Allheilmittel zur Lösung gesellschaftlicher
251 Probleme aller Art. Damit das Strafrecht wirkt und Sicherheit schafft, müssen Haftbefehle
252 zügig vollzogen werden. Zum Schutz vor Straftaten braucht es gut ausgestattete
253 Strafverfolgungsbehörden und Gerichte und dadurch eine hohe Entdeckungs- und
254 Verurteilungswahrscheinlichkeit für alle Straftäter*innen, sowohl in der analogen als auch
255 in der digitalen Welt. Damit die Justiz gut funktionieren kann, muss sie in der Lage sein,
256 sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Deswegen ist das Strafrecht zu entrümpeln, indem
257 Bagatelldelikte wie Schwarzfahren entkriminalisiert werden. Straf- und Asylrecht müssen
258 klar voneinander getrennt werden. Im Bereich des Strafvollzugs soll Resozialisierung im
259 Mittelpunkt stehen.

260 (269) Eine wehrhafte Demokratie muss sich auch online schützen. Demokratische
261 Willensbildungsprozesse dürfen nicht durch intransparente Social-Media-Kampagnen, den
262 Einsatz von Troll-Armeen und automatisierte Computerprogramme (Bots) sowie weitreichende IT-
263 Angriffe von Regierungen, Geheimdiensten oder ihnen nahestehenden Gruppierungen manipuliert
264 werden. Hierfür braucht es Digitalkompetenz in den zuständigen Behörden, gesetzliche
265 Transparenzverpflichtungen, klare internationale Übereinkünfte und eine rechtsstaatliche
266 Verfolgung über Ländergrenzen hinweg.

267 (270) Die Rechtsdurchsetzung muss auch im Netz umfassend gegeben sein. Hass im Netz trifft
268 gerade Frauen und diskriminierte Gruppen besonders stark. Wenn sich Verbrechen ins Internet
269 verlagern, müssen auch die Ermittlungsfähigkeiten, entsprechend der analogen Welt, unter
270 Wahrung des Rechtsschutzes, auf das Netz ausgerichtet sein.

271 (271) Jede dritte Frau wird einmal in ihrem Leben Opfer von körperlicher oder sexualisierter
272 Gewalt. Bildung, Aufklärung, ein Rechtsanspruch auf Schutz und eine verlässliche

273 Infrastruktur aus Beratungs- und Schutzeinrichtungen können Gewalt gegen Frauen und Mädchen
274 verhindern. Dazu gehört auch Prävention und eine Täterarbeit, die überkommene
275 Männlichkeitsbilder kritisch hinterfragt. Männer, insbesondere Jungen, die von
276 (sexualisierter) Gewalt betroffen sind, brauchen eigene Hilfs-, Beratungs- und
277 Schutzangebote.

278 (272) Der Rechtsstaat zeigt sich in einer bürgerorientierten, leistungsstarken und für alle
279 zugänglichen öffentlichen Verwaltung und der Möglichkeit zu einem effektiven Rechtsweg gegen
280 ihre Entscheidungen. Für verlässliche, transparente Behörden braucht es regelmäßige Fort-
281 und Weiterbildungen und eine angemessene finanzielle, personelle und strukturelle
282 Ausstattung. Ein notwendiger Baustein besteht darin, dass sich die Verwaltung umfassend
283 qualifiziert, digitalisiert und automatisiert und ressortübergreifend arbeitet. Öffentliche
284 Verwaltung muss auf Augenhöhe mit finanziell mächtigen Interessen in Konzernen und Banken
285 agieren.

286 (273) Staatliche Institutionen müssen für die Vielfalt der Gesellschaft stehen.
287 Institutionelle Diskriminierung, insbesondere Rassismus, ist trotz formaler rechtlicher
288 Gleichheit für viele Bürger*innen Realität. Es bleibt eine wichtige Aufgabe, durch Vielfalt
289 und Repräsentanz sowie mit Sensibilisierungsprogrammen und Monitoring dafür zu sorgen, dass
290 staatliche Strukturen alle Bürger*innen schützen und gleich behandeln. Dabei bedarf es der
291 Expertise von und der Unterstützung durch rassismuskritische und postmigrantische
292 Organisationen.